



Deutschland In Zwiespalt

Der Kampf zwischen Fremdenfeindlichkeit und Toleranz

Februar 2017

ZUM THEMA MENSCHENRECHTE müssen die USA ein Zeichen setzen. Aktivisten, die überall auf der Welt für Freiheit kämpfen, sehen uns weiterhin als ein Land der Inspiration und rechnen mit unserer Unterstützung. Die Achtung der Menschenrechte ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch von entscheidendem nationalen Interesse. Amerika ist am stärksten, wenn unsere Grundsätze und unsere Taten mit unseren Werten übereinstimmen.

Human Rights First ist eine unabhängige, sich einsetzende und aktive Organisation, die Amerika herausfordert, nach seinen Idealen zu leben. Wir glauben, dass die amerikanische Führungsrolle ausschlaggebend im Kampf für Menschenrechte ist, daher drängen wir die US-Regierung und private Unternehmen, die Menschenrechte und das Rechtsstaatsprinzip zu achten. Tun sie dies nicht, greifen wir ein und fordern Reformen, Rechenschaft und Gerechtigkeit. Weltweit arbeiten wir daran, den amerikanischen Einfluss bestmöglich für die Sicherung der Grundrechte zu nutzen.

Wir wissen, dass die Aufdeckung von Ungerechtigkeit und der Widerstand dagegen nicht ausreichend ist, deshalb schaffen wir das politische Umfeld und finden politische Lösungen, die für die beständige Achtung von Menschenrechten notwendig sind. Ob wir Flüchtlinge beschützen, Folter bekämpfen oder uns für verfolgte Minderheiten einsetzen: wir konzentrieren uns nicht darauf, Stellung zu beziehen, sondern etwas zu bewegen. Seit mehr als 30 Jahren haben wir Zweiparteienbündnisse geschaffen und uns mit an vorderster Front tätigen Aktivisten und Juristen zusammengeschlossen, um Probleme in Angriff zu nehmen, die einer amerikanischen Führungsrolle bedürfen.

Human Rights First ist eine gemeinnützige, unparteiische internationale Menschenrechtsorganisation mit Sitz in New York und Washington D.C. Zur Wahrung unserer Unabhängigkeit verzichten wir auf staatliche Förderung.

© 2017 Human Rights First. Alle Rechte vorbehalten.

Dieser Bericht ist online verfügbar: humanrightsfirst.org

DANKSAGUNGEN

Die Recherche für diesen Bericht wurde von Susan Corke und Erika Asgeirsson von Human Rights First und einer Expertengruppe der Universität München durchgeführt: Heather Painter, Britta Schellenberg und Klaus Wahl. Ein Großteil der Recherche bestand aus Interviews und Besprechungen mit Menschenrechtsaktivisten, Amtsträgern, nationalen und internationalen NROs, multinationalen Organisationen, religiösen und interreligiösen Gruppen, Wissenschaftlern und Anwälten. Wir danken ihnen sehr für ihre Unterstützung und ihre Fachkenntnisse. Rebecca Sheff, ehemalige Legal Fellow der Arbeitsgruppe Antisemitismus, trug während ihrer Zeit bei Human Rights First ebenfalls zu den Recherchen für diesen Bericht bei. Wir sind der Arbeitsgruppe von Dechert LLP für ihre pro bono Recherche zum deutschen Recht dankbar. Bei Human Rights First danken wir Sarah Graham für Grafiken und Design; Meredith Kucherov und David Mizner für ihre redaktionelle Unterstützung; Dora Illei für ihre Unterstützung bei der Recherche; und der Arbeitsgruppe Kommunikation für ihre Arbeit an diesem Bericht.

DECKBLATT: AP Photo / Martin Meissner

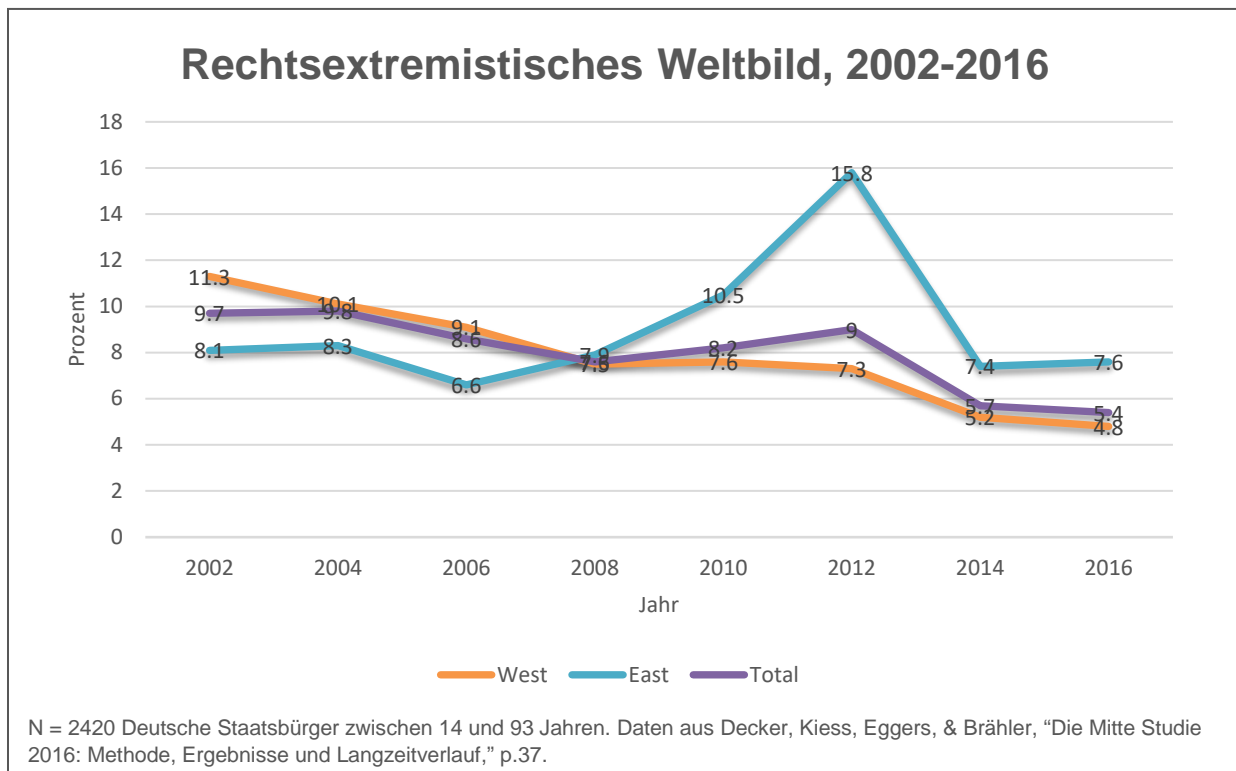
Zusammenfassung

Deutschland steht an einem Wendepunkt, während die wichtige Bundestagswahl im Jahr 2017 näher rückt. Die Hasskriminalität, insbesondere die aus Fremdenfeindlichkeit entstehende Kriminalität, hat drastisch zugenommen: von 5.858 Fällen im Jahr 2014 war ein Anstieg auf 10.373 Fälle im Jahr 2015 zu verzeichnen.¹ Von 2014 bis 2015 sind Verbrechen gegen Flüchtlingsheime, darunter auch gewalttätige Übergriffe, um mehr als das Fünffache angestiegen.² Polizeiberichten zufolge gab es dreihundert Verbrechen gegen Asylheime im ersten Quartal von 2016, was die Gesamtanzahl aus dem Jahr 2014 übersteigt und der gestiegenen Anzahl im Jahr 2015 entspricht.³

Deutschland hat bei der Flüchtlingskrise innerhalb Europas eine führende Rolle eingenommen, indem es eine Willkommenspolitik aufrechterhielt für diejenigen, die vor Gewalt und Verfolgung flüchten. Allerdings hat die uneinheitliche

Umsetzung dieser Politik die bestehende soziale Spaltung verschärft. Da es die deutsche Regierung versäumt hat, das Land in wichtigen Punkten angemessen auf die Aufnahme von Flüchtlingen vorzubereiten, haben viele Deutsche das Gefühl, dass die Situation außer Kontrolle geraten ist.

Neue rechtsextremistische Parteien und Bewegungen, wie etwa die Alternative für Deutschland (AfD) und Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA), sind in den letzten Jahren durch die Ausnutzung von Europaskeptizismus und Angst vor Überfremdung entstanden. Die Anhänger der Ideologien dieser Gruppierungen sind vorrangig verantwortlich für einen Anstieg der Hasskriminalität. Im Jahr 2015 berichtete das Innenministerium, dass Rechtsextremisten 90 Prozent aller Hassverbrechen begangen haben – darunter 96 Prozent der Verbrechen mit fremdenfeindlichem Hintergrund, 91 Prozent der antisemitischen Hassverbrechen und 98 Prozent der Verbrechen aus rassistischen



Beweggründen.⁴ Während die von Linksextremisten verübten Hassverbrechen von 2014 bis 2015 von 94 auf 96 anstiegen, stiegen die von Rechtsextremisten begangenen Hassverbrechen von 4.983 auf 9.426 an.⁵ Rechtsextremisten waren ebenfalls für 90 Prozent der Übergriffe auf Asylheime verantwortlich.⁶

Da die Unterstützung rechtsextremistischer Bewegungen zusammen mit Ausprägungen von Hass wächst, wird die Zustimmung der Deutschen zu einer integrativen, liberalen Demokratie – möglicherweise kontraintuitiv – immer größer. Dieser scheinbar widersprüchliche Zustand lässt sich durch mehrere Faktoren erklären. Deutschlands Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg liefert weiterhin Informationen und verleiht aktuellen Tendenzen eine Gestalt. Die verbindende Kraft und relative Anonymität des Internets haben sich als starke Faktoren beim Abbau des jahrelangen Nachkriegstabus erwiesen, sich öffentlich zu Fremdenfeindlichkeit sowie ultranationalistischen und rassistischen Ansichten zu bekennen. AfD, PEGIDA und gleichgesinnte Gruppierungen haben von gesellschaftlichen Sitten profitiert und zu deren Entwicklung beigetragen, was zu einem Klima führte, in dem Deutsche, die privat intolerante Ansichten hegen, nun eher bereit sind, diese öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Wenngleich Studien keinen stärker ausgeprägten Anteil von Deutschen mit intoleranten Ansichten belegen, treten jene, die solche Ansichten vertreten, folglich immer vernetzter, öffentlicher, politisch aktiver, technisch versierter und gewaltbereiter auf. Das dauerhafte Problem der institutionellen Diskriminierung ermöglicht ebenso den Hass, durch den Gewalt katalysiert wird.

Trotz Deutschlands einzigartiger Geschichte ist sein Kampf gegen fremdenfeindlich motivierten Illiberalismus zunehmend repräsentativ für Tendenzen, die Europa und die USA in Mitleidenschaft ziehen. Jenseits des Atlantiks – in



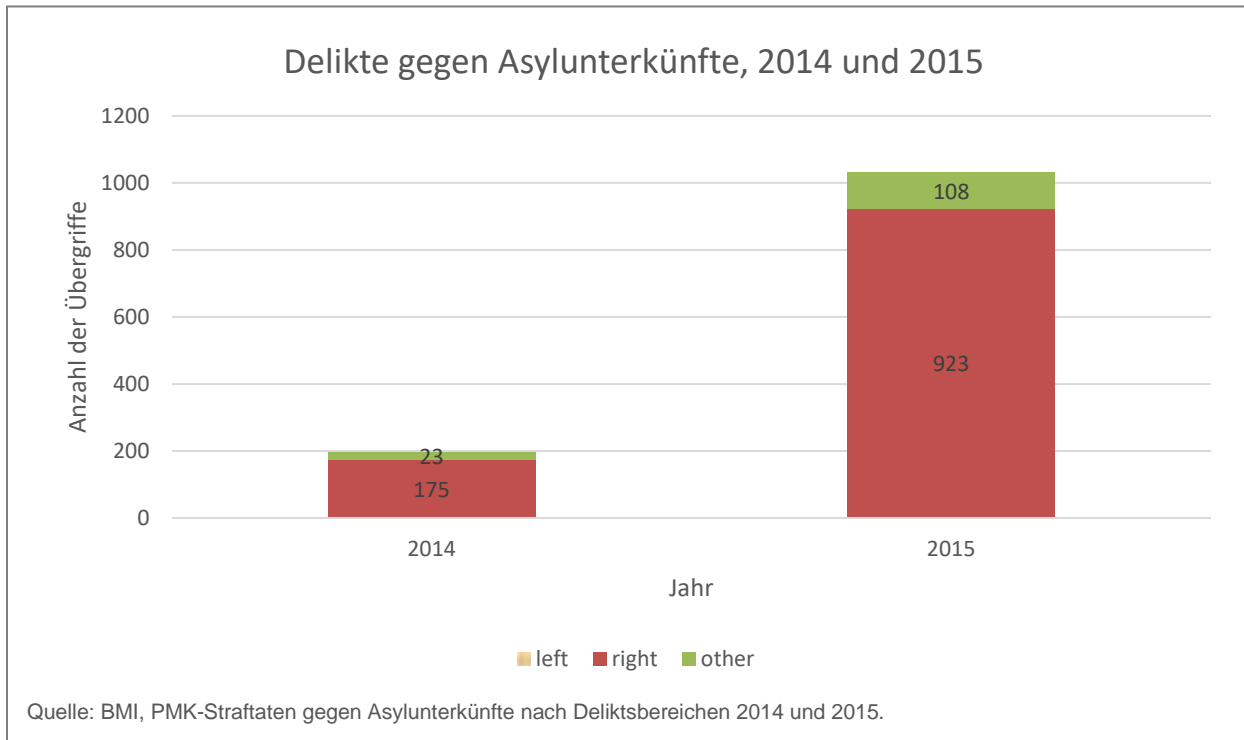
Gesellschaften, die durch gesellschaftlichen Wandel, Globalisierung und Terror in Aufruhr versetzt wurden – unterstützen Hetzer und rechtsextremistische Bewegungen den Hass gegen ethnische, rassische und religiöse Minderheiten und verhelfen ihm zum Durchbruch. Als Beleg für diese Tendenz kann auf Frankreich verwiesen werden, wo Marine Le Pens Anti-Islam, Anti-Flüchtlings- und Anti-EU-Positionen zu einer Spirale der Gewalt beigetragen haben, sowie auf den kürzlich stattgefundenen Präsidentschaftswahlkampf in den USA, bei dem Hass geschürt wurde und der zu einem überraschenden Sieg von Präsident Donald Trump führte.

Während der Kausalzusammenhang weiterhin schwer darstellbar ist, hängen die Worte und Taten politischer Führungspersonlichkeiten mit dem Anstieg von Hasskriminalität eng zusammen. Beispielsweise berichtete der britische National Police Chiefs' Council, dass fremdenfeindliche und islamophobe Äußerungen führender Vertreter der Pro-Brexit-Kampagne in Großbritannien zu einem direkt auf das Referendum folgenden Anstieg von Hassdelikten um 58 Prozent führten.⁷ Eine ähnliche Tendenz scheint sich in den USA

zu zeigen. Vom 9. November bis zum 12. Dezember 2016 dokumentierte das Southern Poverty Law Center 1.094 Vorfälle hassmotivierter Bedrohung oder Einschüchterung, darunter viele durch Täter, die sich auf Trump bezogen.⁸ Deutschlands Antwort auf diese Herausforderung wird über seine Grenzen hinaus Wirkung zeigen. Das Land ist die stärkste Wirtschaftsmacht des Kontinents und führender Verfechter der EU und ihrer Ideale. Damit bildet Deutschland ein Bollwerk gegen die Gegner des EU-Projektes – darunter autoritäre Führer in Russland und Ungarn bis hin zu neofaschistischen Gruppen auf dem gesamten Kontinent. Deutschland hat die Region durch die Flüchtlingskrise, finanzielle Krisensituationen und Umstrukturierungen innerhalb der EU geführt, die deren Struktur und integrierende Vision bedrohen. Mit dem Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat Deutschland 2016 den Kampf gegen Antisemitismus, Intoleranz und Extremismus – häufig trotz einer beachtlichen Obstruktionspolitik Russlands – höchste Priorität eingeräumt und diesbezüglich im eigenen Land

wichtige Maßnahmen ergriffen.

Dennoch verlangt diese wachsende Herausforderung der Demokratie in Deutschland nach einer aggressiveren und umfassenderen Reaktion, die auf institutionelle Koordinierung, Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, öffentliches Engagement und auf die Unterstützung von Verbündeten und internationalen Organisationen baut. Für die US-Regierung ist es von größtem Interesse, seinen bedeutenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Verbündeten in diesem Bemühen zu unterstützen – und umgekehrt ähnliche Unterstützung anzunehmen. Deutschland und die USA teilen gemeinsame Erfahrungen und können viel voneinander lernen. Sie sollten damit fortfahren, Verfahren zur Regelung nationaler Fragen im Rahmen des Föderalismus und über geografische Grenzen hinaus zu teilen. Und angesichts aufkommender Anzeichen, dass die Trump-Administration versuchen könnte, die traditionelle Rolle der USA abzuschaffen, nämlich als Regierung, die sich der Unterstützung von Stimmen der Integration und Toleranz verpflichtet



hat, muss Deutschland eine starke Position bei der Erzielung von Fortschritten hinsichtlich dieser Fragen beibehalten, auch wenn die USA und andere Nationen sich damit schwertun.

Auch sehen sich beide Staaten mit aus Rassismus und Diskriminierung bei Strafverfolgungen und in der Strafjustiz entstehenden Krisen konfrontiert. In den USA haben sich Gruppen und Bewegungen wie Black Lives Matter und Campaign Zero für Richtungswechsel in der Politik eingesetzt, um gegen die Vielzahl an vorkommenden tödlichen Schießereien durch die Polizei, die Ungleichheit bei Verurteilungen und diskriminierende Polizeipraktiken anzugehen. Mittlerweile ist institutioneller Rassismus auch in Deutschland Gesprächsthema – infolge der rassistisch motivierten Verbrechen durch den Nationalsozialistischen Untergrund und des Scheiterns der Regierung bei der Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung der Täter.

Dieser auf qualitative und quantitative Analysen begründete Bericht ist das Ergebnis einer Partnerschaft zwischen Human Rights First und einer Expertengruppe der Universität München. Zur grundlegenden Recherche gehörte ein breites Spektrum an persönlichen Interviews mit Amtsträgern, Vertretern der Zivilgesellschaft, Medienvertretern und Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Recht. Ziel dieses Berichts ist es, politische Entscheidungsträger zu informieren und sowohl in den USA als auch in Deutschland auf Maßnahmen zu drängen. Von solchen Maßnahmen würden beide Staaten, ihr Bündnis und die transatlantischen Beziehungen generell – zu einem kritischen Zeitpunkt – sehr profitieren.

Dieser Bericht untersucht die Ursachen und Auslöser des Anstiegs politisch motivierter Gewalt und Hasskriminalität im Kontext sich verändernder gesellschaftlicher Einstellungen, der Flüchtlingskrise, der Zunahme

rechtsextremistischer Gruppierungen und der institutionellen Diskriminierung. Gleichzeitig wird versucht, in Bezug auf den irritierenden Widerspruch, dass diese Negativtrends vor dem Hintergrund einer zunehmend toleranten und Rechte achtenden deutschen Gesellschaft erfolgen, einen Zusammenhang herzustellen und Klarheit zu schaffen. Die aus diesem Bericht hervorgehenden Erkenntnisse lauten:

- Deutschland verfügt weiterhin sowohl eine große Mehrheit, die sich als integrative Gesellschaft sieht, als auch über eine einflussreiche und extremistische Minderheit, die Hass und Gewalt unterstützt. Viele Deutsche sind der moralischen Aufforderung zur Unterstützung von Flüchtlingen gefolgt. Dennoch sind auch die Hass und Gewalt befürwortenden Stimmen lauter geworden. Es besteht eine zunehmende Polarisierung zwischen diesen nicht miteinander zu vereinbarenden Ansichten.
- Sich verändernde Einstellungen verstärken die institutionelle Diskriminierung, wodurch wiederum Gewalt und Straffreiheit gefördert werden. Diese institutionelle Diskriminierung untergräbt die Fähigkeit der Strafverfolgung, wirksam gegen Hasskriminalität vorzugehen.
- Rechtsextremisten haben die Ängste der Öffentlichkeit ausgenutzt. Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) bauen auf fremdenfeindliche Einstellungen und tragen überdies zu diesen bei. Hassverbrechen werden von Tätern verübt, welche die Ausdrucksweise der Rechtsextremisten verwenden, um ihre Handlungen zu rechtfertigen.
- 2015 registrierte die Polizei 1.031 Delikte gegen Asylheime, im Vergleich zu einer Anzahl von 198 im Jahr 2014 – was eine Verfünffachung der Angriffe bedeutet. Die gegen Asylunterkünfte richtenden Gewalttaten stiegen von 28 im Jahr 2014 auf 177 im Jahr

2015 an. Neunzig Prozent der Verbrechen gegen Asylunterkünfte wurden von Personen mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt.⁹

- 2015 stieg vor allem die rechtsextremistisch motivierte Hasskriminalität drastisch an. Während die Anzahl der von Linksextremisten verübten Hassverbrechen von 94 im Jahr 2014 auf 96 im Jahr 2015 gestiegen ist, ist die Anzahl der von Rechtsextremisten verübten Hassverbrechen von 4.983 auf 9.426 gestiegen. Rechtsextremisten waren für 90 Prozent aller Hassverbrechen verantwortlich, darunter 96 Prozent der Verbrechen mit fremdenfeindlichem Hintergrund, 91 Prozent der antisemitischen Hassverbrechen und 98 Prozent der Verbrechen aus rassistischen Beweggründen.¹⁰
- Das Internet bietet eine Plattform für Hass und Extremismus. Es hat außerdem zur Verbreitung von Fehlinformationen über Flüchtlinge beigetragen, wodurch die öffentliche Meinung beeinflusst wurde.
- Die Antwort der deutschen Regierung birgt, wenngleich sie auf Zustimmung trifft, strategische und konzeptuelle Probleme. Überdies erkennt die Regierung die Ausbreitung institutioneller Diskriminierung nicht in vollem Umfang an, wodurch ihre Reaktion geschwächt wird. Zwar war Deutschland der Vorreiter in der Flüchtlingskrise, hat jedoch seine Kommunen nicht angemessen auf die Ankunft von Flüchtlingen vorbereitet.
- Mittels der aus diesem Bericht hervorgehenden Vorschläge wird versucht, eine engere transatlantische Zusammenarbeit zu fördern. Deutschland und die USA müssen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Toleranz und Menschenrechte weiterhin ein Fundament ihrer Demokratie bilden.

Zentrale Vorschläge beinhalten unter anderem:

- **Gegen Extremismus vorgehen und Toleranz fördern:** Die USA und Deutschland sollten weiterhin den Kampf gegen den Antisemitismus, Islamophobie und andere Arten von Intoleranz in den Vordergrund stellen und gemeinsame Strategien zur Bekämpfung dieser Probleme ausarbeiten. Dass eine wachsende Mehrheit in Deutschland eine liberale Demokratie unterstützt, verdient Beachtung – und ist ein Grund zur Hoffnung. Der Grund, aus dem die deutsche Führungsrolle als eine liberale Demokratie geschützt und gefördert werden muss, sollte auf überzeugendere Art und Weise vermittelt werden.
- **Institutionellen Rassismus thematisieren:** Deutschland sollte Vorschläge zur Stärkung der Schulungsmaßnahmen zur Strafverfolgung bei Rassendiskriminierung und Hassverbrechen umsetzen und externe Mechanismen für eine Rechenschaftspflicht schaffen. Da institutionelle Diskriminierung auch in der amerikanischen Strafverfolgung fortbesteht, sollten die Regierungen der USA und Deutschlands versuchen, bewährte Methoden miteinander zu teilen.
- **Maßnahmen gegen Hasskriminalität verstärken:** Die Mittel zum Schutz der Kommunen vor Hasskriminalität sollten erhöht werden, um gegen die gestiegene Bedrohung anzugehen.
- **Flüchtlingspolitik und Integration an erste Stelle setzen:** Die deutsche Regierung sollte versuchen, das Vertrauen der Gesellschaft in ihre eigene Fähigkeit zum Umgang mit der Flüchtlingskrise wieder herzustellen und Flüchtlinge auf integrative und sichere Weise unter Einhaltung ihrer Rechte einzugliedern. Deutschlands standhafte Führungsposition bei der Aufrechterhaltung einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik wird

immer wichtiger, weil die USA einen politischen Wandel erleben, in dem Flüchtlingspolitik ein Blitzableiter gewesen ist.

- **Den Hass im Netz bekämpfen:** Regierung, Technologieunternehmen und die Zivilgesellschaft sollten sowohl in den USA als auch in Deutschland weiter zusammenarbeiten, um der Verbreitung von Fehlinformationen, Intoleranz und Extremismus im Internet entgegenzuwirken.

Empfehlungen

Die in diesem Bericht angesprochenen Probleme – wie die Politisierung der sozialen Haltungen, institutionelle Diskriminierung sowie die Zunahme von Hassreden, die zur Zuspitzung von Hassverbrechen beitragen – sind nicht nur auf Deutschland beschränkt. Auch in den Vereinigten Staaten haben sich ähnliche Tendenzen entwickelt.

Im letzten Wahlzyklus haben Kandidaten die Ängste der Menschen ausgenutzt, um Wähler für sich zu gewinnen und öffentlich Diskriminierung und Hass gepredigt: gegen Muslime, Migranten, Juden sowie andere ethnische, rassische und religiöse Minderheiten. Anstatt scharfer Kritik stießen politische Vorschläge, basierend auf rassistischer, ethnischer und religiöser Intoleranz, auf eine zunehmend breitere Akzeptanz.

Soziale Netzwerke haben, zeitgleich mit dem entstehenden Hass außerhalb des Internets, zur Verbreitung von Intoleranz und Fehlinformationen beigetragen.

Das Southern Poverty Law Center meldete 1.094 vorurteilsbedingte Vorfälle zwischen dem 9. November und dem 12. Dezember 2016,¹¹ sowie die Verbreitung islamfeindlichen Gedankenguts über extremistische Twitter-Accounts.¹²

Institutionelle Diskriminierung, vor allem bei der Strafverfolgung, stellt in den Vereinigten Staaten

ebenfalls eine Herausforderung dar. Spektakuläre Attentate auf Afro-Amerikaner und andere Minderheiten haben in Amerika Diskussionen über dieses Thema ausgelöst. Polizeigewalt bleibt oft ungeahndet und Mechanismen der Rechenschaftspflicht haben sich als unwirksam herausgestellt.¹³

Eine derartige Diskriminierung in den Vereinigten Staaten hat sich auch in der Polizeitaktik und in der Ungleichheit von Strafverkündungen manifestiert. Dies beeinträchtigt die Fähigkeit der Strafverfolgung, ihre Aufgabe des Schutzes der Kommunen wahrzunehmen, einschließlich als Reaktion auf Hassverbrechen.

Ein Großteil der einzuschlagenden Wege wird sich für Deutschland und die USA überschneiden und gegenseitig beeinflussen. Das erfordert Zusammenarbeit auf Bundesebene, zwischen den Ländern und Kommunen sowie auf internationaler Ebene. Den Anfang muss ein gemeinsames Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und hassmotivierte Gewalt bilden.

Bekämpfung von Extremismus und Förderung von Toleranz

Vor dem Hintergrund aktueller Zunahmen von Intoleranz und Hass in Deutschland wie auch in den Vereinigten Staaten besteht eine dringende Notwendigkeit der bilateralen Kooperation, um Extremismus zu bekämpfen und Toleranz zu fördern.

- **Die deutsche Regierung sollte weiterhin eine führende Rolle in multilateralen und internationalen Institutionen gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen der Intoleranz beibehalten.** Durch den Übergang zu einer neuen Administration in den Vereinigten Staaten, für die das Thema Toleranz eher nicht an erster Stelle der Agenda steht, muss Deutschland seine Führungsbemühungen verstärken. Seine finanzielle Unterstützung der

Zivilgesellschaft als Vorsitzender der OSZE war maßgeblich dafür, dass diese sich mit solchen Problemen auseinandersetzen kann, und sollte von beiden Regierungen und zukünftigen Vorsitzenden fortgesetzt werden.

- **Die US-Regierung sollte bei Themen wie Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen der Intoleranz weiterhin eine führende Rolle einnehmen.**

Nach einem umstrittenen und vergifteten Wahlprozess stellen unsere Verbündeten unser gemeinsames Engagement in Bezug auf diese Werte in Frage.

Hochrangige US-Beamte sollten ihre Unterstützung dieser Werte und ihre Vision einer integrativen, demokratischen Gesellschaft nochmals nachdrücklich betonen.

- **Die US-Regierung sollte weiterhin Initiativen zur Stärkung der Demokratie unterstützen**, deren Kern die Werte Toleranz und Vielfalt beinhaltet. Während noch unklar ist, wo die neue Regierung ihre Prioritäten setzen wird, haben Verbündete im Kongress ihre Unterstützung für eine Europäische Demokratieinitiative angekündigt, „welche jene Demokratieinitiativen unterstützen würde, die durch den Druck aus Russland gefährdet sind.“¹⁴ Eine deutsche Rückendeckung für ein solches Projekt wäre zu begrüßen, sowie die Bekundung weiterer europäischer Unterstützung des US-Kongresses, um diese und ähnliche Initiativen einzuführen und durchzusetzen.
- **Der US-Kongress sollte Bemühungen zur Unterstützung der Absprache zwischen den Zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Vereinigten Staaten und Europa zur Bekämpfung religiöser, ethnischer und rassistischer Intoleranz fortsetzen.** Abschnitt 419 des State

Department Authorization Act 2017 weist das *Office of the Special Envoy to Combat and Monitor Anti-Semitism* an, die zivilgesellschaftlichen Organisationen in den USA und Europa bei Maßnahmen zu koordinieren, die sich auf die Bekämpfung von Antisemitismus sowie religiöser, ethnischer und rassistischer Intoleranz in Europa konzentrieren. Abschnitt 419 liefert der US-Regierung ein wichtiges Mittel zur Unterstützung der wichtigsten Verbündeten beim Kampf gegen Intoleranz und bei der Zurückdrängung jener, die die Vision eines vereinten, freien und friedvollen Europa bedrohen. Der US-Kongress muss diese Initiativen weiterhin unterstützen und ausweiten, um die transatlantische Zusammenarbeit bei den Themen Intoleranz, Hass und Extremismus zu fördern.

- **Die USA und Deutschland sollten gemeinsame Strategien zur Bekämpfung von Intoleranz entwickeln.** Beide Länder haben ähnliche Tendenzen von zunehmenden Hassreden und Angriffen erlebt und können somit voneinander lernen. Diese Zusammenarbeit muss die Zivilgesellschaft und Partnerschaften mit der Privatwirtschaft einschließen. Eine willkommene und notwendige Initiative wäre eine Plattform oder ein Austausch zum Teilen von Fallstudien und Fachkenntnissen bezüglich des Umgangs der USA mit Problemen in Bezug auf Antisemitismus, Islamintoleranz und die Abneigung gegen Flüchtlinge.
- **Die deutsche Regierung sollte bereits bestehende Programme zur Bekämpfung von Extremismus und Intoleranz exakt auswerten.** Diese Auswertung sollte sich auf die Bewertung ihrer Effektivität konzentrieren. Die USA können Deutschland durch den Austausch der besten Überwachungs- und Auswertungspraktiken unterstützen.

- **Die deutsche Regierung und Zivilgesellschaft sollten gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um die Entwicklung fremdenfeindlicher und extremistischer Haltungen zu verstehen und die effektivsten Interventionen zur Entradikalisierung und Prävention umzusetzen.** Es werden zusätzliche Fakten zur Informierung der Politik benötigt, einschließlich Studien zum Verständnis rechtsextremistischer Haltungen. Programme zur Bekämpfung von Extremismus und Intoleranz sollten faktengestützt sein. Außerdem sollte in diesen Studien versucht werden, die Entwicklung von Aggression und Vorurteilen bei Kindern zu verstehen; wichtig wäre der Austausch von Ergebnissen.
- **Deutschland sollte sich auf die Jugend konzentrieren,** neue, innovative Stimmen unterstützen und ein besseres Verständnis der Geschichte Deutschlands fördern. Die deutsche Geschichte bildet einen wichtigen Grundpfeiler für politische Ansätze, allerdings haben junge Menschen nicht denselben Bezug zur Vergangenheit. Deutschland muss früh damit beginnen, Kindern bei der Entwicklung von Offenheit, Empathie, Widerstandsfähigkeit und der Werte wie Toleranz und Integration zu helfen. Es ist ebenso wichtig, die Themen Vorurteile und Extremismus in allen Altersgruppen anzusprechen, sowie die verschiedenen Kontexte in West- und Ostdeutschland zu berücksichtigen – die jüngere Bevölkerung im Osten vertritt häufiger rechtsextremistische Ansichten, während dies im Westen bei der ältesten Bevölkerungsgruppe der Fall ist.¹⁵ Die Jugend bietet jedoch eine besondere Möglichkeit zum Aufbau einer gesellschaftlichen Zukunftsvision.
- **Bürgergruppen sowie kulturelle, religiöse und sonstige Gruppen sollten zusätzliche**

Gelegenheiten für interreligiöse und innergemeinschaftliche Kontakte und Zusammenarbeit begünstigen. Diese Gelegenheiten, die angemessen gestaltet und gefördert werden sollten, können durch das Aufeinandertreffen verschiedener Gruppen Toleranz aufbauen. Ein Modellprojekt in Dresden zeigt eine wichtige Warnung auf: die Gestaltung der Interventionen ist entscheidend, da gute Absichten zu unbeabsichtigten, kontraproduktiven Auswirkungen führen können. Gut gestaltete Initiativen sollten ebenfalls religiöse und nichtreligiöse Akteure, Aktivisten und Anwälte sowie marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie bspw. die LGBT-Gemeinschaft einschließen. Während jede Gemeinschaft sich auf verschiedene Arten mit Intoleranz und Diskriminierung konfrontiert sieht, werden viele sich untereinander solidarisch verhaltende Gruppen zu einer integrativeren Gesellschaft beitragen.

Institutionellen Rassismus innerhalb der Strafverfolgung ansprechen

- **Deutschland sollte die Vorschläge des UN-Ausschusses (CERD) von 2015** umsetzen im Hinblick auf die Förderung von Schulungen für Strafvollzugsbeamte zum Thema Rassendiskriminierung, Bekämpfung der Rassendiskriminierung und Ermittlungen in Sachen Hasskriminalität. Als Reaktion auf Parallelberichte, die dem CERD während dessen Berichtzyklus vorgelegt wurden, unterbreitete der CERD verschiedene Vorschläge zur Behebung von Mängeln bei der Ermittlung rassistisch motivierter Delikte. Der Ausschuss empfahl eine obligatorische Schulung und eine Prüfung der Strafverfolgung „bei Rassendiskriminierung und Maßnahmen zur Bekämpfung von

Rassendiskriminierung sowie bei der Berichterstattung und Untersuchung von Hassdelikten.“¹⁶ Obwohl verschiedene wichtige Maßnahmen zugunsten vermehrter Schulungen eingeleitet wurden, sollten diese Anstrengungen noch verstärkt werden. Solche Schulungen sollten ebenso Antidiskriminierung und das AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) beinhalten.

- **Die Strafverfolgungsbehörden in Deutschland und den USA sollten an einer breiteren Zusammensetzung ihrer Polizeikräfte arbeiten.** Bei der Polizei herrscht ein unverhältnismäßig hoher Anteil an weißen und männlichen Mitarbeitern – sowohl in Deutschland als auch in den USA. Die Polizeibeamten in Deutschland begegnen Migranten und Ausländern häufig nur durch ihren Beruf – und dann im Zusammenhang mit Kriminalität. Entscheidend für die Polizei ist eine stärkere Betrachtung der Gemeinschaften, denen sie dient.¹⁷ Die Übernahme von Aufgaben bürgerlichen Engagements für die Polizeibeamten ist ein lohnenswerter Ansatz, um positive Aspekte der Vielfalt zu erleben.
- Die deutsche Regierung sollte externe Mechanismen der Rechenschaftspflicht entwickeln. Eine unabhängige Instanz sollte umfassend prüfen, inwiefern institutioneller Rassismus in Strafverfolgungsstrukturen verstrickt ist und wie dieser dort funktioniert. Es könnte eine Position für einen unabhängigen Bürgerbeauftragten außerhalb der offiziellen Strukturen geschaffen werden, vor allem in Städten wie Dresden, wo nicht daran geglaubt wird, dass die Polizei „die Neutralitätspflicht wahrt“. Dies würde zur Überprüfung des institutionellen Rassismus innerhalb der Strafverfolgung dienen. Diese Instanz sollte in Fällen von

Rassendiskriminierung innerhalb der Strafverfolgung ermitteln.

- **Deutschland und die USA sollten bewährte Methoden hinsichtlich des institutionellen Rassismus in der Strafverfolgung miteinander teilen.** Sowohl Deutschland als auch die USA haben mit dieser Problematik zu kämpfen. Die deutsche Regierung, die US-Regierung und die Zivilgesellschaften beider Länder sollten Möglichkeiten und Plattformen zum Austausch bewährter Methoden schaffen. Viele für Deutschland geltende Empfehlungen hinsichtlich des institutionellen Rassismus, wie etwa vermehrte Schulungen, eine Erweiterung der Strafverfolgung und unabhängige Instanzen zur Überprüfung polizeilicher Diskriminierung, entsprechen den von US-Anwälten an die Regierung der USA gerichteten Empfehlungen, deren Umsetzung sie einfordern.¹⁸

Reaktionen auf Hasskriminalität verstärken

- **Die deutsche Polizei und das Statistische Bundesamt sollten das PMK-Erfassungssystem überprüfen,** um ein klares, transparentes und praktikables System zur Erhebung von Daten zu Hassdelikten sicherzustellen und Meldelücken zu verringern. Entscheidend bei der Überprüfung des PMK-Systems ist die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und betroffener Gemeinschaften. Auch sollten die USA bewährte Methoden bei der Erhebung von Daten zu Hassdelikten austauschen und von den Erfahrungen Deutschlands lernen.
- **Deutschland sollte Ermittlungs- und Verurteilungsdaten sammeln.** Zum Verständnis der Wirksamkeit neuer Bestimmungen bezüglich der Hassdelikte und bei der Ermittlung von Straftaten und deren Verfolgung sollte Deutschland Ermittlungs-

und Verurteilungsdaten sammeln und die Informationen an das ODIHR für dessen Jahresbericht über Hassdelikte weiterleiten.

- **Die deutsche Polizei sollte ihre kommunikationsbezogenen Schulungen und die Abläufe der (psychotherapeutischen) Beratungsvermittlung verbessern.** Der NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag (UA BT) hat spezielle kommunikationsbezogene Schulungen zum Umgang mit Opfern und Hinterbliebenen empfohlen,¹⁹ sowie eine von Polizeibeamten durchgeführte Vermittlung von Opfern und Hinterbliebenen an spezialisierte Beratungsdienste, die von unabhängigen Agenturen/NROs angeboten werden.²⁰ Die deutsche Regierung sollte ihre Anstrengungen hinsichtlich solcher Kommunikations- und Sensibilisierungsschulungen verstärken und Initiativen der Zivilgesellschaft unterstützen, um Beratungsmöglichkeiten auf einer breiteren Ebene verfügbar zu machen.
- **Deutschland sollte zum Schutz der Gemeinden vor Hassdelikten seine polizeilichen Ressourcen erweitern.** Die Polizei übernimmt durch den Flüchtlingsstrom eine höhere Verantwortung und gerät beim Schutz der Flüchtlinge vor Hassdelikten bereits an ihre Grenzen. Da das Ausmaß der Problematik zugenommen hat, sollten Personal und Ressourcen ebenfalls in vergleichbarer Form erweitert werden, um der Polizei einen größeren und effektiveren Handlungsspielraum einzuräumen.

Flüchtlingspolitik und Integration

- **Die deutsche Regierung muss das Vertrauen der Gesellschaft in ihre Fähigkeit wiederherstellen, wenn es um den Umgang mit bzw. die Integration der hohen Anzahl von Flüchtlingen und**

Migranten auf integrative, sichere, rechtswahrende und ordnungsgemäße Weise geht. Dringende Aufgaben umfassen eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen, eine größere Unterstützung für Bundesländer und Kommunen sowie die Fokussierung auf Integration.

- **Die deutsche Regierung muss sich weiterhin für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen.** Angesichts der politischen Lage in Deutschland und der jüngsten Wahlmisserfolge für Merkels Partei könnte ein Abstandnehmen von der Politik der Willkommenheißung der Flüchtlinge naheliegen. Es ist jedoch von wesentlicher Bedeutung, dass Deutschland weiterhin führend in Sachen Flüchtlingsfragen auftritt.
- **Deutschland muss weiterhin die Integration von Flüchtlingen unterstützen und lernen, diese besser zu gestalten.** Eine wirksame Integration von Flüchtlingen wird zu einer starken und vereinigten deutschen Gesellschaft beitragen. Um dies zu erreichen, sollte Deutschland mehr Sprachkurse anbieten, die Abläufe zur Anerkennung von beruflichen Qualifikationen straffen und berufsbezogene Deutschkurse einführen, um Flüchtlingen ein erfolgreiches Arbeiten in ihren Kompetenzbereichen zu ermöglichen. Im Rahmen dieser Bemühungen sollte ebenfalls auf die Beschaffung zusätzlicher Mittel und Ressourcen für Schulen geachtet werden, die Schüler aus Flüchtlingskreisen aufnehmen. Bemühungen um Integration sollten sich auch auf die Verantwortung richten, in einer pluralistischen Demokratie zu leben, welche das Respektieren der Rechte anderer und die Wertschätzung von Vielfalt als eine Bereicherung für die Gesellschaft impliziert.
- **Sowohl in Deutschland als auch in den USA sind die Regierungen in Sachen**

öffentlicher Diplomatie herausgefordert, stärker auf die Sorgen der Bürger einzugehen und gegen politische Strategien der Panikmache anzugehen.

- Die deutsche Regierung sollte auf berechnete Sorgen der Bürger hinsichtlich Sicherheitsrisiken eingehen und sie relativieren; sie sollte die Ankunft von Flüchtlingen neu formulieren und als Chance vermitteln. Dies sollte mit einer wertorientierten Hervorhebung der Bedeutung von Toleranz und Akzeptanz einhergehen. Rechtsextremistische Parteien setzen auf die Angst der Bevölkerung, wobei sie sich emotionaler Ausdrucksformen bedienen. Die Regierung sollte zu verstehen geben, dass sie die Ängste, denen sich die Bevölkerung gegenübersteht, nachvollziehen kann. Es handelt sich nicht nur um ein moralisches Gebot, sondern es wird von einigen die Überzeugung vertreten, dass mit einem geeigneten Flüchtlingsumgang und geeigneter Unterstützung der Flüchtlinge in Sachen Integration und Bildung größere wirtschaftliche Vorteile für Deutschland entstehen könnten.²¹
- Die deutsche Führungsspitze sollte auf eine Einbeziehung von Integrativität in die nationale Identität hinarbeiten. Die Umsetzung dieser Aufgabe unterscheidet sich dabei innerhalb von Ost- und Westdeutschland. Während im Westen eine längere Tradition des Verständnisses für Vielfalt und Integration als notwendige Bestandteile einer funktionierenden Demokratie herrscht, existiert im Osten eine größere Notwendigkeit zur Vermittlung, Aufklärung und Unterstützung dieser zentralen Werte.

- Führende US-Kongressabgeordnete sowie bundesstaatliche und lokale Abgeordnete müssen diese Aufgabe in den USA übernehmen. Sie sollten Strategien der Panikmache und eine auf Engstirnigkeit basierende Flüchtlingspolitik nachdrücklich anprangern.

- **Die wichtigsten Regierungsvertreter sowohl in Deutschland als auch in den USA sollten Ausdrucksformen vermeiden, die einen „Krieg der Kulturen“ anfachen, und stattdessen zu Toleranz und Integration mahnen.**

Präsident Trumps Kampagne steckte voller hasserfüllter Äußerungen, die sich gegen Muslime und muslimische Flüchtlinge richteten. Kontinuierlich beschrieb er Muslime als ein "Problem", das angegangen werden müsse. Indem sie sich positiv zum Burkaverbot äußerte, sagte Merkel: „Der Ganzkörperschleier ist hier nicht angemessen ... er gehört nicht zu uns.“²² Solche Äußerungen drücken Feindseligkeit gegenüber Muslimen aus und heizen ein Gefühl von „Wir-gegen-sie“ an, was letztlich zu einer Schwächung der Sicherheit und Stabilität führt.

- **Religiöse Führungspersönlichkeiten sollten gemeinsam Stellung gegen Intoleranz beziehen.** Gemeinsame Stellungnahmen von Führungspersönlichkeiten verschiedener Religionen können eine kräftige Stimme bilden. Viele Glaubensorganisationen haben sich für Merkels Flüchtlingspolitik ausgesprochen. Glaubensführer sollten weiterhin unmenschliche Arten von Flüchtlingspolitik und alle mit Intoleranz und Hassgewalt verbundenen Probleme ansprechen.

Hass im Netz

- **Technologieunternehmen sollten sich ihrer Rolle und Verantwortung bei der Verhinderung der Verbreitung von Fehlinformationen, Intoleranz und Extremismus im Netz bewusst sein.** Das Internet ist eine zentrale Plattform für all jene, die Hass und Fehlinformationen verbreiten. Da immer mehr Menschen soziale Netzwerke als ihre Hauptinformationsquelle nutzen, müssen Technologieunternehmen und Betreiber sozialer Netzwerke ihre Rolle als gesellschaftlich verantwortliche Unternehmen überdenken. Unter Aufrechterhaltung einer öffentlichen und nutzerbetriebenen Plattform sollten Technologieunternehmen Rücksprache mit der Zivilgesellschaft und der Regierung halten, wie sie als Interessenvertreter ihre Verantwortung im Kampf gegen Intoleranz und die Verbreitung von Hass neu definieren. Diese Verantwortung sollte klar definiert werden und sowohl die Menschenrechte als auch Bedenken der Regierungen mit einbeziehen.
- **Regierungen sollten Technologieunternehmen und die Zivilgesellschaft zu einer Verhinderung der Ausbreitung von Falschinformationen, Intoleranz und Extremismus im Netz verpflichten.** Für eine bessere Zusammenarbeit im Kampf gegen Intoleranz, Falschinformationen und Extremismus sollten die Regierungen der USA und Deutschlands mehr konstruktive Beziehungen zwischen Technologieunternehmen und der Zivilgesellschaft aufbauen. Technologieunternehmen und Regierungsmitarbeiter stehen häufig bereits im Kontakt, wohingegen die Zivilgesellschaft oft weniger Zugang zu oder einen weniger wahrgenommenen Einfluss auf hochrangige Entscheidungsträger von Technologieunter-
- nehmen hat. Die Regierung kann zu einer Erleichterung oder Strukturierung neuer Beziehungen beitragen.
- Die Zivilgesellschaft und Technologieunternehmen sollten argumentative Bemühungen und Untersuchungen zum Verständnis der Beweggründe rechtsextremistischer Ideologien und zu deren Bekämpfung fortsetzen.
- **Die Zivilgesellschaft, sowohl in Deutschland als auch in den USA, sollte ihre digitalen Kenntnisse ausbauen.** Der im Internet immer weiter zunehmende Hass ist eine der signifikantesten Triebkräfte für erhöhte Feindseligkeit – online als auch offline. Es wurden bereits einige vielversprechende Initiativen, wie etwa Facebooks „Initiative für Zivilcourage Online“, eingeleitet. Durch die Umsetzung innovativer Lösungsansätze zur Bekämpfung von Extremismus und Intoleranz sollten Technologieunternehmen weiterhin eine Ressource für die Zivilgesellschaft darstellen.
- **Die deutsche Regierung sollte unbeabsichtigte Folgen bei der Reaktion auf Hassreden vermeiden.** Bei der Reaktion der deutschen Regierung auf Hassreden muss das Recht auf freie Meinungsäußerung in der Herangehensweise weiterhin einen Grundpfeiler bilden. Die Anpassung (und das Maß) der Reaktionen auf Hassreden sind wichtig, um sicherzustellen, dass diese Reaktionen PEDIGA-Sympathisanten durch unverhältnismäßige Verordnungen zur Unterlassung sogenannter „Hate Speech“ noch weiter in Richtung ihrer Ideologie getrieben werden.
- **Technologieunternehmen sollten internationale, multilaterale und regionale Bemühungen zur Einrichtung funktionierender Standards in Bezug auf**

Hass und Extremismus im Netz unterstützen.

Der kürzlich eingeführte *Code of Conduct on Countering Illegal Hate Speech Online* der EU stellt eine wichtige Entwicklung dar, hätte jedoch von einer früheren Rücksprache mit der Zivilgesellschaft profitiert und gibt Anlass zur Besorgnis beim Umgang mit freier Meinungsäußerung. Auch überträgt er auf unangemessene Weise eine unverhältnismäßige Befugnis auf private Unternehmen und ersetzt die Rolle des Rechts durch unklare und weniger transparente Nutzungsbedingungen, die aus privaten Verträgen bestehen. Technologieunternehmen sollten weiterhin mit internationalen, multilateralen und regionalen Organisationen zusammenarbeiten, indem sie Standards und Prinzipien für die Herangehensweise an zentrale Fragen im Zusammenhang mit den Menschenrechten entwickeln und Beratung mit der Zivilgesellschaft und den am Prozess beteiligten Menschenrechtsgruppen fördern.

- **Technologieunternehmen sollten branchenweite Zusammenschlüsse bilden, um bewährte Methoden für zentrale Fragen im Zusammenhang mit den Menschenrechten miteinander zu teilen.**

Unzusammenhängende und Ad-hoc-Initiativen gegen Intoleranz und Extremismus werden nicht ausreichen, um eines der herausforderndsten und komplexesten menschenrechtlichen Probleme anzugehen. Eine branchenweite Zusammenarbeit wird die Übernahme bewährter Methoden erleichtern und größere Auswirkungen haben.

Stärkung der Funktion der Zivilgesellschaft

- **Die Zivilgesellschaft Deutschlands sollte ihre Finanzierungsmittel diversifizieren.**

Bisher ist die Regierung der Hauptförderer der deutschen Zivilgesellschaft. Es ist ein engagierter Einsatz erforderlich, um Beziehungen zu potenziellen Geldgebern aufzubauen, gemeinsame Anstrengungen zum Aufbau von Kofinanzierungsmechanismen zu unterstützen und eine größere Unabhängigkeit zu schaffen mittels anderer Finanzierungswege herzustellen. Dies wird auch für die Schaffung einer tragfähigeren Grundlage als Unterstützung für ihre Aufgaben innerhalb der Gesellschaft förderlich sein.

- **Die Zivilgesellschaft Deutschlands sollte ihr Engagement in Bezug auf internationale und multilaterale Rahmenregelungen verstärken.** Das zivilgesellschaftliche Engagement im CERD-Berichtszyklus 2015 für Deutschland war ein gelungenes Beispiel für den Einfluss, den die Zivilgesellschaft in internationalen und multilateralen Rahmenregelungen ausüben kann. Dieses Engagement brachte den Ausschuss dazu, den NSU-Fall und die institutionelle Diskriminierung bei der Strafverfolgung in Deutschland kritisch zu prüfen. Der OSZE-Vorsitz in 2016 widmete sich ebenfalls der Erhöhung der Kapazitäten der Organisation im Hinblick auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft beim Kampf gegen Antisemitismus und Intoleranz. Der Aufbau von Partnerschaften mit anderen Ländern und die Suche nach externen Koalitionen wird der Zivilgesellschaft zu Wachstum und zur Anwendung neuer Ansätze verhelfen. Die Zivilgesellschaft Deutschlands sollte sich in diesen Rahmenregelungen weiterhin engagieren.
- **Der US-Kongress und das Außenministerium sollten die zusätzliche Finanzierung der Zivilgesellschaft erleichtern und Wege der**

Koalitionsbildung finden, zusammen mit Gruppen in den USA, die sich für die Förderung der Toleranz und des sozialen Zusammenhalts einsetzen, wofür ein gemeinsamer Fonds in Erwägung gezogen werden könnte.

- **Die deutsche Regierung sollte die Unterstützung für bzw. die Evaluierung von zivilgesellschaftlichen Maßnahmen**

verstärken. In den letzten zwei Jahren sind in Deutschland signifikante Investitionen von Mitteln in zivilgesellschaftliche Programme durch Zuschussfinanzierung zu verzeichnen gewesen. Die Regierung muss diese Zuschüsse transparent und gemeinschaftlich umsetzen sowie effektive Evaluierungs- und Überwachungsprogramme einbeziehen. ■

Endnoten

- ¹ Bundesministerium des Innern (BMI) [Federal Ministry of the Interior], *PMK-Straftaten im Bereich Hasskriminalität 2014 und 2015* (May 2016), http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2016/05/pmk-2015-hasskriminalitaet.pdf;jsessionid=3EDD248DAB8A83AB41911ED9C0E83DED.2_cid373?__blob=publicationFile.
- ² BMI, *PMK-Straftaten gegen Asylunterkünfte nach Deliktsbereichen 2014 und 2015* (May 2016), http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2016/05/pmk-2015-straftaten-gegen-asylunterkuenfte.pdf?__blob=publicationFile.
- ³ Thorsten Severin and Joseph Nasr, "Germany Records 300 Attacks on Asylum Shelters So Far This Year," *Reuters*, April 5, 2016, <http://www.reuters.com/article/us-europe-migrants-germany-attacks-idUSKCN0X21KE> (accessed December 22, 2016).
- ⁴ BMI, *PMK-Straftaten im Bereich Hasskriminalität 2014 und 2015*.
- ⁵ *Ibid.*
- ⁶ BMI, *PMK-Straftaten gegen Asylunterkünfte nach Deliktsbereichen 2014 und 2015*.
- ⁷ National Police Chief's Council, "Tackling Hate Crime Remains a Priority," news release, September 7, 2016, <http://news.npcc.police.uk/releases/tackling-hate-crime-remains-a-priority>. See also Harriet Sherwood, Vikram Dodd, Nadia Khomami, and Steven Morris, "Cameron Condemns Xenophobic and Racist Abuse after Brexit Vote," *The Guardian*, June 27, 2016, <https://www.theguardian.com/uk-news/2016/jun/27/sadiq-khan-muslim-council-britain-warning-of-post-brexit-racism>.
- ⁸ Southern Poverty Law Center, *Hatewatch Update: 1,094 Bias-Related Incidents in the Month Following the Election* (December 16, 2016), <https://www.splcenter.org/hatewatch/2016/12/16/update-1094-bias-related-incidents-month-following-election>.
- ⁹ BMI, *PMK-Straftaten gegen Asylunterkünfte nach Deliktsbereichen 2014 und 2015*.
- ¹⁰ BMI, *PMK-Straftaten im Bereich Hasskriminalität 2014 und 2015*.
- ¹¹ Southern Poverty Law Center, *Hatewatch Update: 1,094 Bias-Related Incidents in the Month Following the Election*.
- ¹² Southern Poverty Law Center, *Anti-Muslim Sentiment Dominated Extremist Twitter Accounts After the Election*, (December 15, 2016), <https://www.splcenter.org/hatewatch/2016/12/15/anti-muslim-sentiment-dominated-extremist-twitter-accounts-after-election>
- ¹³ Campaign Zero, *Police Union Contracts and Police Bill of Rights Analysis*, (June 29, 2016), <https://static1.squarespace.com/static/559fbf2be4b08ef197467542/t/5773f695f7e0abbdfe28a1f0/1467217560243/Campaign+Ze-ro+Police+Union+Contract+Report.pdf>.
- ¹⁴ "10 Bipartisan Senators Introduce Comprehensive Russia Sanctions Legislation," news release, January 11, 2017, <https://www.cardin.senate.gov/newsroom/press/release/10-bipartisan-senators-introduce-comprehensive-russia-sanctions-legislation>.
- ¹⁵ Decker, Kiess, Eggers, & Brähler, "Die mitte Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf," p. 45 & 48.
- ¹⁶ CERD, *Concluding Observations – Germany*, para. 10(b)(iv).
- ¹⁷ For a discussion of the importance of representation in law enforcement in the U.S., see Campaign Zero, <http://www.joincampaignzero.org/representation>.
- ¹⁸ Campaign Zero, Solutions, <http://www.joincampaignzero.org/solutions/#solutionsoverview>.
- ¹⁹ Abschlussbericht NSU-UA, Drucksache 17/14600, S. 910, I.13.
- ²⁰ *Ibid.*, p. 910, I.13.
- ²¹ Victoria Rietig, *Burden or Blessing? The Impact of Refugees on Germany's Labor Market*, American Institute for Contemporary German Studies, April 12, 2016, available at <http://www.aicgs.org/publication/burden-or-blessing-the-impact-of-refugees-on-germanys-labor-market/>
- ²² Sheena McKenzie, "Angela Merkel Calls for Full-Face Veil Ban in Germany," *CNN*, December 6, 2016, <http://www.cnn.com/2016/12/06/europe/angela-merkel-full-veil-ban-germany/>.



human rights *first*

American ideals. Universal values.

NEW YORK • WASHINGTON • HOUSTON • LOS ANGELES

humanrightsfirst.org • facebook.com/humanrightsfirst • [@HumanRights1st](https://twitter.com/HumanRights1st)